

TauBlog

Écrasez l'infâme!

Die Logik der Retourkutsche

André Tautenhahn · Friday, September 4th, 2026

Die jüngsten Debatten um Vereinsbesteuerung, Zuckersteuer und Steuerreform könnten mehr sein als gewöhnliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung. Vieles spricht dafür, dass die öffentliche Wirkung der durchgestochenen Papiere politisch durchaus gewollt war. Die auffällige Gemeinsamkeit: Im Zentrum der Diskussionen stand stets das SPD-geführte Finanzministerium und damit Vizekanzler Lars Klingbeil.

Offiziell werden die Veröffentlichungen als ärgerliche Leaks bezeichnet. Tatsächlich stellen sie Klingbeil und sein Ministerium wiederholt in ein ungünstiges Licht. Zunächst sorgten Berichte über eine mögliche Einschränkung von Steuerprivilegien für Vereine für Empörung. Wenig später folgte die Debatte über eine Zuckersteuer, die nach einem frühen Arbeitspapier sogar zuckerfreie Getränke erfassen sollte. Anschließend gelangte ein kritischer Brief des Wirtschaftsministeriums an die Öffentlichkeit, der die Steuerreform des Finanzministers als unzureichend bezeichnete. Die Serie wirkt inzwischen zu systematisch, um als bloßer Zufall durchzugehen.

Politisch betrachtet fällt die Entwicklung in eine interessante Phase der Legislaturperiode. Vor der Sommerpause war es vor allem Bundeskanzler Friedrich Merz, der erneut unter Druck geraten war. Diskussionen über Personalentscheidungen und den Kabinettsumbau infolge des Spahn-Rücktritts hatten die öffentliche Wahrnehmung der Regierung geprägt. Insgesamt gab und gibt die Regierung Merz kein gutes Bild ab. Vom Macher, der der Kanzler sein wollte, ist nichts zu sehen. Das Regierungshandeln wirkt groß in den Ankündigungen und eher tolpatschig in der Umsetzung. Die Kritik traf in erster Linie Merz und die Union. Nun richtet sich die Aufmerksamkeit plötzlich auf den sozialdemokratischen Koalitionspartner. Ein Zufall?

Genau hier setzt eine mögliche Erklärung an. Koalitionen leben vom Gleichgewicht. Gerät über längere Zeit nur ein Partner unter Druck, wächst häufig der Wunsch nach Ausgleich. Die öffentliche Belastung verteilt sich dann neu. Das erinnert an den Wippschaukeleffekt, eine Methode der Manipulation: Wer andere in ein schlechtes Licht rückt, zum Beispiel mit Hilfe eines durchgestochenen Arbeitspapiers, wirkt selbst nicht mehr so schlimm oder gar als der Vernünftige.

Das ist im vorliegenden Fall an der Rolle des CSU-geführten Landwirtschaftsministeriums in der

Zuckersteuer-Debatte ablesbar. Die Beamten beließen es nicht bei internen Einwänden, sondern [formulierten ihren Widerspruch ungewöhnlich deutlich](#). In dem bekannt gewordenen Schreiben vom 12. August wird die geplante Ausweitung der Steuer auf zahlreiche weitere Getränke kritisiert. Zudem heißt es dort ausdrücklich, die Hausleitung habe einen Leitungsvorbehalt eingelegt. Damit signalisiert ein Ministerium, dass die politische Führung einen Vorgang an sich zieht und ihn nicht mehr als reine Fachfrage behandelt. Hier kommt es also auf die öffentliche Wirkung an.

Natürlich beweist das nicht, dass die Leaks aus dem Umfeld der Union stammen. Gesetzesentwürfe zirkulieren regelmäßig zwischen mehreren Ministerien und dem Kanzleramt. Jeder Versuch einer eindeutigen Zuordnung bleibt daher spekulativ. Dennoch stellt sich die Frage, wem die Veröffentlichungen politisch nutzen. Aktuell entsteht jedenfalls der öffentliche Eindruck, das Finanzministerium verfolge unausgereifte oder überzogene Pläne. Selbst dann, wenn die Vorschläge noch nicht die politische Abstimmung durchlaufen hatten. Genau auf diesen Effekt weist auch die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch hin, wenn sie vor den Folgen der [Veröffentlichung früher Arbeitsstände warnt](#).

Die eigentliche Brisanz liegt deshalb weniger in der Herkunft der Leaks als in ihrer politischen Funktion. Sie verschieben Aufmerksamkeit, setzen Themen und verändern die Kräfteverhältnisse innerhalb einer Koalition. Wer frühzeitig einen Entwurf öffentlich problematisiert, zwingt den politischen Gegner in die Defensive. Im Fall der Zuckersteuer war dieser Mechanismus besonders deutlich zu beobachten. Allerdings nutzt das Manöver dem Kanzler kaum. Denn der bringt sich nach seinem Sommerurlaub mit neuerlichen unbedachten Äußerungen wieder selbst in die Bredouille, so dass man sich fragt, welche Art von politischer Beratung er eigentlich nutzt. Im [Ranking der beliebtesten Regierungspolitiker](#) führt er das Feld jedenfalls ganz souverän von hinten an.

Bildnachweis: KI generiertes Bild.

This entry was posted on Friday, September 4th, 2026 at 5:16 pm and is filed under [Innenpolitik](#). You can follow any responses to this entry through the [Comments \(RSS\)](#) feed. You can leave a response, or [trackback](#) from your own site.